

RECHENSCHAFT

Einen eindrucksvollen, überzeugenden Rechenschaftsbericht gab am 10. August Genosse Professor Dr.-Ing. Kurt Lasch über seine vierjährige Tätigkeit als Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung von Karl-Marx-Stadt vor den Angehörigen unserer Hochschule. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der ständigen Kommission Bauwesen nahm er dabei die Gelegenheit wahr, um den Vorkursen, unter Zuhilfenahme von zahlreichen Lichtbildern, den raschen Aufbau unserer Stadt, besonders ihres Zentrums, von 1961 bis heute sichtbar zu machen, aber auch, um einmal von außen zu sehen, welche komplizierten Aufgaben hierbei gelöst werden mußten und noch zu lösen sind.

Im Mittelpunkt des Baugeschehens steht die Sorge um das Wohl der Bürger. Deshalb wird, so unterstreicht Professor Lasch mehrfach, von den Abgeordneten und vom Rat die Wohn- und Versorgungsbau stets als vorrangig angesehen. Davon zeugt die Vielzahl der Wohnbaukomplexe, die in den vergangenen Jahren im Stadtzentrum und in anderen Bezirken der Stadt errichtet wurden bzw. zur Errichtung geplant sind.

Obwohl dadurch seit 1961 936 Familien Neubauwohnungen erhielten und bis 1970 noch 7300

neue Wohnungen entsprechend der jetzigen Planung fertig werden, sieht das bei weitem nicht aus, um alle Wohnungsprobleme der Stadt zu lösen. Dabei müssen auch der vorhandene Wohnraum nicht nur besser verteilt, sondern sich die öffentliche Versorgung von Wohnraum bewährt haben, sondern auch durch entsprechende kommunale Maßnahmen erhalten werden.

Für die Werterhaltung, so erklärte Prof. Lasch, seien zum Beispiel 240 Millionen MDN erforderlich. Es geht jedoch vor allem um die Kapazität der Bau- und Reparaturbetriebe, die bereits durch die Neubauten außerordentlich beansprucht würden. Die Mitarbeit der Bevölkerung bei der Werterhaltung sei deshalb von großer Bedeutung.

Wenn Prof. Lasch zu Beginn seines Berichtes sagte, daß es in den vergangenen vier Jahren trotz imperialistischer Kriegshysterie vor allem gelungen sei, das Frieden zu erhalten, so wurde diesem wichtigsten Ergebnis sozialistischer Politik besonders deutlich durch eine Gegenüberstellung von Bildern des alten, 1945 zerstörten Chemnitz und des neuen Karl-Marx-Stadt, Fröber - enge Straßen, Mietskasernen, dunkle Hinterhöfe; heute - breite, moderne Straßen, schöne, helle Wohnhäuser

mit Grünanlagen und Spielplätzen für die Kinder, das sei die prinzipielle Wandlung des Gesichtes unserer Industriestadt. Der sozialistische Charakter unseres Aufbaus kommt dabei u. a. darin zum Ausdruck, daß heute im Stadtzentrum etwa 300 Menschen pro Hektar wohnen, während es vor zwanzig Jahren 80 waren.

Professor Lasch gab auch einen Überblick über die weitere Entwicklung des Aufbaus der Stadt. So soll an der Geibelstraße ein weiterer neuer Wohnkomplex für etwa 1200 Menschen entstehen. Im Stadtzentrum werden bis 1970 unter anderem die Hauptpost, Gaststätten, das Haus der Industrieverwaltung fertiggestellt sowie der Bau des „Volkskurator“-Hotels und einer Kongreßhalle beschlossen werden. Bis 1975 wird die gesamte Stadt eine moderne helle Straßenbeleuchtung erhalten.

Prof. Dr. Trumpold, Abgeordneter der Volkskammer, dankte dem Abgeordneten Prof. Lasch, dessen Bericht durch Beantwortung mehrerer Anfragen der Zuhörer ergänzt worden war, abschließend für die umfangreiche, verantwortungsvolle Arbeit, die er im Interesse aller Bürger der Stadt geleistet habe. Er wünschte Prof. Lasch, der aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder als Abgeordneter kandidiert, weiterhin alles Gute.



A 13

„Hochschulspiegel“ sprach mit Kollegen Heinz Zettl, Vorsitzender der Konfliktkommission an unserer Hochschule, über die Arbeit und die bevorstehende Neuwahl der Konfliktkommission

INTERVIEW

„Hochschulspiegel“: Worin sehen Sie die Bedeutung der diesjährigen Neuwahl der Konfliktkommission?

Kollege Heinz Zettl: Auf Beschluss der 6. Bundesversammlung finden in diesem Jahr Neuwahlen der Konfliktkommission statt. Mit ihnen werden gleichzeitig die Fachwahlen durchgeführt. Diese Wahlen sind nach den Kommunalwahlen die wichtigste Wahlform in der DDR. Sie sind ein Ausdruck der sozialistischen Demokratie. 100 000 Mitglieder der Konfliktkommissionen sind mehr als 40 000 Schichten werden vor den Werkstätten von ihrer Arbeit befreit. Es liegt im Wesen der sozialistischen Demokratie, die beste Kräfte der Bevölkerung bei der Ausarbeitung der Gesetze anzuspüren und sie für ihre Einbringung zu gewinnen. Die Konfliktkommissionen sind Organe, welche besonders bei der Erziehung und Schlichterziehung unserer Menschen einen großen Einfluss ausüben.

An der Technischen Hochschule arbeiten bisher eine Konfliktkommission. Die neue Vorstellung der HGL ist jedoch, mindestens zwei Konfliktkommissionen zu bilden. Das macht sich besonders notwendig, weil, einmal die TH ständig größer wird und zum anderen eine Konfliktkommission nur in der Lage ist, die ihr zugeordneten Konflikte zu lösen. Sie soll aber auch prophylaktisch über die Gewerkschaftsgruppen und mit Hilfe der staatlichen Leiter arbeiten, um das Konfliktpotential zu beseitigen. Dafür war der Arbeitsbereich viel zu groß und der Kontakt mit den Mitarbeitern der TH

zu gering. Die neue Vorstellung der HGL könnte auf diesem Gebiet eine Verbesserung herbeiführen.

„Hochschulspiegel“: Welche Hauptaufgaben hat die Konfliktkommission?

Kollege Heinz Zettl: Die Hauptaufgaben der Konfliktkommission sind, ihre Tätigkeit auf die Erziehung der neuen Einstellung der Werktätigen zur Arbeit und zum sozialistischen Staat auszurichten. Sie soll die gegenseitige Hilfe erwirken und fördern helfen, und auf die Einhaltung der Gebote der sozialistischen Moral von allen Werktätigen drängen. Ein großes Augenmerk muß sie auf die Auseinandersetzung gegen rücksichtslose Ansichten in der Rechtsprechung, gegen Bürokratie und Herzlosigkeit richten. Die Konfliktkommission ist ein großes Maß an Verantwortung übertragen worden. Bewußt hat der Gesetzgeber den Aufgabenbereich so groß ausgedehnt, Er reicht von Verstößen gegen die sozialistische Moral über Einsprüche der Werktätigen gegen Disziplinarmaßnahmen, Streitfälle zwischen Werktätigen und der SVK sowie der Arbeitsschichten bis zu kleineren Straftaten durch Angehörige des Betriebes.

Die Konfliktkommissionen sind keine Gerichte in der Form, wo vom Kläger und Angeklagten die Rede sein soll. Die Konfliktkommissionen sind Organe der Gewerkschaft, und die Beratungen sollen auch in ihrem Sinn geführt werden. Eine große Aufgabe der Konfliktkommission besteht

in verbotenen Besprechungen bei Arbeitsunterbrechungen, gegen Rechtsverletzungen und Mißhandlungen, welche das nicht immer so einfache, die Arbeit der Konfliktkommission, besonders aber der erzieherische Wert von Beratungen mit der Konfliktkommission oder nur mit Mitgliedern, wird nicht von allen staatlichen Leitern anerkannt und beachtet. Das resultiert teilweise aber auch wieder daraus, daß die Konfliktkommissionen zumeist in Erscheinung treten konnte, weil die Verbindung zwischen den Mitgliedern der Konfliktkommission und Mitarbeitern der TH viel zu lose war. Deshalb auch meine Befürwortung von mehreren Konfliktkommissionen bei der kommenden Neuwahl in der TH, die bis November abgeschlossen sein soll.

„Hochschulspiegel“: Welche Rolle spielte die Konfliktkommission an der TH bisher?

Kollege Heinz Zettl: Die Konfliktkommission an der TH konnte ihre Aufgabenstellung insofern gut gerecht werden, indem sie Beratungen durchführte, die sich durch einen Antragsteller notwendig machten. Ich sage Ihnen, daß das nur eine Seite der Aufgabenstellung der Konfliktkommission sein kann. Die andere muß unbedingt der Vorbeugung von Rechtsverletzungen gewidmet werden, will die Konfliktkommission ihre gestellten Aufgaben erfüllen.

In der Arbeit der Konfliktkommission sind neben sehr vielen weltlichen Verhältnissen zwischen der Konfliktkommission und den staatlichen Leitern be-

sondern zwei Richtungen festzustellen. Sie äußern sich in der Form, daß einmal der Konfliktkommission alle Dinge übertragen werden und der staatliche Leiter sich mit den Erziehungsaufgaben seiner Arbeiter und Angestellten nur sehr wenig beschäftigt, und zum anderen so, daß die Konfliktkommission nicht das Vertrauen des staatlichen Leiters hat und so bei Erziehungsaufgaben gar nicht für so wirksam hält. Die Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre zeigen, daß an der TH die zweite Richtung Gültigkeit hat. Folgendes Beispiel soll es deutlich machen:

Ein Kollege wurde fristlos entlassen, weil er sehr viel kramelte und angeblich bei ihm keine Erziehungsaufnahmen mehr fruchteten. Er wandte sich an die Konfliktkommission und erhob dagegen Einspruch. Um es vorwegzunehmen, die Konfliktkommission war mit der fristlosen Entlassung nicht einverstanden, sie wurde zurückgenommen. Der fristlosen Entlassung ging voraus, daß der staatliche Leiter mehrere Aussprüche geführt hatte und auch in der Gewerkschaftsgruppe die Angelegenheit behandelt worden war. Nachdem vom staatlichen Leiter die Entlassung gefordert worden war und der Kaderleiter dem staatlichen Leiter telefonisch sagte, warum die Konfliktkommission nicht mit in eine Beratung einbezogen werden wäre, so wurde ihm geantwortet, wenn ich es nicht schaffe, dann schaffe es die Konfliktkommission auch nicht. In diesem Falle wurde also die Wirksamkeit der Konfliktkommission nicht anerkannt,

ohne sie überhaupt geprüft zu haben. Das kann letztlich auch als Unterstützung der gesellschaftlichen Erziehungsaufgaben gewertet werden.

So sieht an einem Beispiel das Vertrauen aus, welches die Konfliktkommission bei manchen staatlichen Leitern besitzt. Die Beratung im angeführten Beispiel ergab einige Mängel, die hier genannt werden müssen, weil gewisse Fehler von der Konfliktkommission schon einige Male festgestellt wurden sind. Die Arbeit mit dem Arbeitgesetzbuch dürfte nicht immer den Ansprüchen genügen, und Unkenntnis bestimmter Dinge kann manchmal unangenehme Folgen haben. So wurden im speziellen Beispiel dem Kollegen eine mündliche und eine schriftliche Verwarnung ausgesprochen. Diese Disziplinarstrafen sind jedoch laut AGB gar nicht möglich. Im § 109 des AGB sind die Disziplinarmaßnahmen formalisiert, die bei Verletzung der Arbeitspflicht ausgesprochen werden können. Das AGB ist für alle Bürger unserer Republik bindend, und es ist zu empfehlen, sich mit seinem Inhalt vertraut zu machen. Bei seinem Studium erkennt man, wie demokratisch und humanistisch unsere Gesellschaft ist.

Abschließend möchte ich an alle Kolleginnen und Kollegen unserer TH appellieren, bei der Vorbereitung der Wahl der neuen Konfliktkommissionen genau abzuwägen, wer ihr Vertrauen erhält. Prüfen Sie aber nicht erst bei der Abstimmung, sondern bereits bei der Aussprache in den Gewerkschaftsgruppen, wo die neuen Kandidaten vorgeschlagen werden.

Wahlen in Deutschland

Das Jahr 1965 ist für Deutschland ein Wahljahr. In Westdeutschland werden am 18. September die Abgeordneten des Bundestages und in der DDR am 10. Oktober die Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen gewählt. Diese Tatsache fordert geradezu zu einem Vergleich heraus, der auf die Frage hinausläuft: Wer und wie wird gewählt?

In Westdeutschland stellen die CDU, SPD, FDP und einige andere Splitterparteien Kandidaten zur Wahl. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die KPD als einzige Partei, die konsequent die Interessen der Werktätigen vertritt, seit 1966 dem Verbot der Partei keine Möglichkeit hat, legal zu arbeiten.

Die genannten Parteien proklamierten auf ihren Parteitagen die Grundzüge, mit denen sie in den Wahlkampf gehen und die die Grundlage für ihre Politik bilden sollen. In den Erklärungen, Proklamationen usw. wird ausdrücklich betont, daß an der bestehenden Gesellschaftsordnung, also dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, nichts geändert werden soll. Außerdem wird auch viel von der Erhaltung und Sicherung des Friedens gesprochen.

Demgegenüber stehen aber, wenn auch differenziert nach dem einschlägigen Weg, die Forderung nach verstärkter Einflußnahme der westdeutschen Militärs in der NATO, nach Atomwaffen, gleichzeitig auf welchem Weg und die „Wiedererrichtung“ Deutschlands in den Grenzen von 1945. Den Friedensbestrebungen widersprechen auch die Zustimmung zur Natoantragstellung, die unmittelbar zur Kriegsvorbereitung führt und mit der auch die letzten Reste der bürgerlichen Demokratie beseitigt werden.

Natürlich gibt es geringfügige Unterschiede über die Ziele, die erreicht werden sollen.

So spricht die CDU-Führung von der „formierten Gesellschaft“, die den Arbeitern eine Art „Volksgemeinschaft“, man könnte sagen, nach dem Muster Hitlers hervorgerufen soll. Die SPD orientiert auf das „schwedische Beispiel“, die FDP will die Rolle des „Zinglens an der Waage“ zwischen den beiden großen Parteien spielen.

Nur die KPD gibt in ihren Wahlprogrammen eine solche Abgrenzung zur Politik und zum Programm dieser Parteien. Doch heißt es:

Nationale Politik heißt für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften: den Widerstand gegen jede atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und gegen die Politik der Gewalt und der Besuche, entschieden zu verteidigen, durch die Verknüpfung der Arbeiterorganisationen in beiden deutschen Staaten der deutschen Einheit den Weg bereiten; eine breite Kampffront mit allen Bevölkerungsschichten schaffen und die Gegner der deutschen Verständigung von den Schuldtiteln der Macht zu entfernen.

Ohne diese Alternative und die Bemühung der politischen Sorglosigkeit und Vertrauenslosigkeit vieler Menschen in Westdeutschland, die die von den Monopolen ausgehende akute Kriegsgefahr nicht sehen oder nicht sehen wollen, besteht die Wahl in Westdeutschland nur darin: ... einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und erröten soll ... wie es Karl-Marx in seinem Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ treffend charakterisierte.

Völlig anders sind die Wahlen in der DDR.

Hier stehen die Kandidaten der Nationalen Front zur Wahl. Vertreter der Arbeiter und Bauern, die vor zwanzig Jahren ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen und einen Staat ohne Imperialisten, Militäristen und Ausbeuter aufbauten. Dabei war und ist die Zusammenarbeit der in der Nationalen Front vereinigten Parteien und Massenorganisationen die Grundlage für die Arbeit der in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode tätig gewordenen 210 000 Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen.

Die Verbindung der Bevölkerung in der DDR mit ihren Volksvertretungen, auch im Vergleich zu Westdeutschland, wird in der hohen Zahl der gewählten Abgeordneten, der niedergewählten Mitglieder der ständigen Kommissionen und der Aktivität bei den Volksvertretungen sichtbar. Insgesamt sind es weit über vierhunderttausend Menschen, die aktiv für die Durchsetzung ihrer und unserer Interessen tätig sind.

Somit beweist auch die Tatsache, daß in der DDR die Massenorganisationen der Werktätigen (FDGB), der Frauen (FDJ), der Jugendlichen (FDJ) und andere ihre Abgeordneten in den Volksvertretungen haben und Kandidaten benennen, den grundlegenden Unterschied zu den Parlamenten in Westdeutschland, wo nur die Parteien Kandidaten stellen können.

FORUM

Noch vor der Immatrikulation veranstaltete die Hochschulgruppenleitung der FDJ am 21. August für die neuen Studentinnen und Studenten aller Fachrichtungen der TH ein Forum, an dem seitens des Lehrkörpers und der gesellschaftlichen Organisationen der amtierende Rektor, Prof. Dr. Trumpold, der 1. Sekretär der Hochschulparteileitung, Karl Weinich, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Dr. Mehner, der Verwaltungsdirektor und andere Mitarbeiter der TH vertreten waren.

Die Studenten nutzten die Gelegenheit und stellten, nach eingehenden Worten des Rektors, viele Fragen. Die Skala reichte dabei von der Stipendienzahlung bis zu detaillierten Ausbildungsfragen. Auch nach der Kulturarbeit an der TH wurde gefragt, so zum Beispiel, ob ein Filmzettel besteht. Von besonderem Interesse waren den Studenten die Probleme, die sich aus der Mißbrauchspflicht und ihrer Ableitung

ergeben. Hierüber gab ein Major der Nationalen Volksarmee sachgemäße Auskunft.

Verwaltungsdirektor Boltz hatte die Möglichkeit, zur Unterbrechung in den Internaten einige Worte zu sagen. Er verwies darauf, daß es wünschenswert sei, wenn die Studierenden ihr Leben in den Wohnheimen möglichst selbst bzw. durch die Heimräte regeln würden. Andererseits müsse eine Internatsordnung, um deren strikte Einhaltung er hat, vertreten werden.

Auch die übrigen Persönlichkeiten haben den jungen Freunden nunmehr Lebensrat zur Gestaltung ihres Lebens und ihrer Arbeit an der Hochschule. Professor Trumpold hat alle Studentinnen und Studenten, in ihrem eigenen Interesse, von Anfang an ein fleißiges, kontinuierliches Studium zu betreiben. Der Lehrkörper der TH gebe sein Bestes, um ihnen zu helfen, das gesteckte Ziel zu erreichen.



A 15